



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die deutsche Revolution

Blum, Hans

Florenz [u.a.], 1897

Dritter Abschnitt. Centralgewalt u. Parlament im Juli und August 1848.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-64064](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-64064)

Parlament wieder abberufen werden könne. In der That machte Erzherzog Johann, trotz seines eidestattlichen Gelöbnisses vom 12. Juli diese seine Entdeckung. Jene Worte Schmerlings enthielten aber noch weit mehr. Denn obwohl er den Bundestag schon am 4. Juli Blum gegenüber für „tot“ erklärt hatte, erdreistete er sich jetzt am 12. nur „die bisherige Thätigkeit“ des Bundestages „als beendet anzusehen“, und offenbar nur auf die Dauer des Bestehens der „provisorischen Centralgewalt“, also auch nur provisorisch, so daß der „tote“ Bundestag sich dann später zu fröhlicher Auferstehung aus seinem Grabe und zur Erneuerung seines Jammerdaseins jederzeit wieder erheben könnte! So konnten Schmerlings Worte mindestens gedeutet werden, und in Wahrheit waren sie auch so gemeint! Das linke Centrum nahm diesmal den bisher nur von der Linken erhobenen Alarmruf auf, indem es am 14. Juli den Antrag einbrachte: „daß der Seitens der Bundesversammlung am 12. Juli vollzogene Akt der Übertragung ihrer Befugnisse auf die provisorische Centralgewalt für nicht geschehen zu erklären“. Allein die Versammlung erklärte auch diesen Antrag nicht für „dringlich“. Als ob es etwas „dringlicheres“ für das Parlament gegeben hätte, wie darüber zu wachen, daß das Gesetz vom 28. Juni strengstens und ohne jede Verdunkelung durchgeführt werde, und demgemäß nicht bloß „die bisherige Thätigkeit,“ sondern „das Bestehen des Bundestages“ überhaupt ein für allemal aufhöre!

In der That wurde später die unselige, von Oesterreich betriebene, und von Preußen nach dem schwachvollen Tage von Olmütz genehmigte „Reaktivierung des Bundestages“ an den perfiden Doppelsinn der Erklärung Schmerlings vom 12. Juli 1848 angeknüpft. Die k. k. Staatsjuristen sagten: die Befugnisse des Bundestages seien der Centralgewalt übertragen und bis zum Erlöschen derselben von dieser geübt worden; nun hindere nichts, daß der Bundestag seine nur schlummernden Befugnisse selbst wieder ausübe“. Dieser verlogenen Rechtsverdrehung hat Zachariä mitten in der wildesten Reaktionszeit zwar die ganze Verachtung entgegengeschleudert, die sie verdiente (in seiner Schrift „die Reaktivierung des Bundestages“). Doch wäre das Bewußtsein dieser Ruchlosigkeit im Volke wesentlich gefördert und jener Staatsumwälzung auch der letzte Vorwand guten Glaubens entzogen worden, wenn das Parlament am 14. Juli 1848 den Antrag seines linken Centrum's angenommen hätte!

Dritter Abschnitt.

Centralgewalt und Parlament im Juli und August 1848.

So unangenehm, ja peinlich auch den deutschen Regierungen Gagern's „kühner Griff“ vom 24. Juni und das am 28. Juni zustande gekommene Gesetz sein mochte, so durfte die provisorische Centralgewalt sich doch

halb der Anerkennung aller deutschen Regierungen erfreuen. Auch Preußen, wo Rudolf von Auerwald nach Camphausens Entlassung an die Spitze des Ministeriums getreten war, gab ungesäumt die Zustimmung zur Wahl des Erzherzog-Reichsverwesers, da Auerwald volles Vertrauen in Johanns Verwaltung hatte — so schmerzlich Preußen auch die eigene Ausschließung von der Centralgewalt empfand. Nur Hannover und Bayern zeigten sich anfangs widerspenstig. Der stolze Welfe ließ am 7. Juli seinen Ständen amtlich anzeigen, er werde einfach abdanken, wenn man wesentliche Rechte seiner Krone antaste und zählte dann seine „Bedenken über die Form und den Inhalt des Gesetzes vom 28. Juni“ auf. Er gab jedoch schleunigst nach, als in der Paulskirche



*„Ich will auf die Freiheit aller Länder ob nicht, was ich durch meine unvollkommene
Macht aufzugeben lieber aufzugeben als meine Krone und das Reich zu lassen.“
(Konfessionsrat der Provinz von Paderborn für Hannover.)*

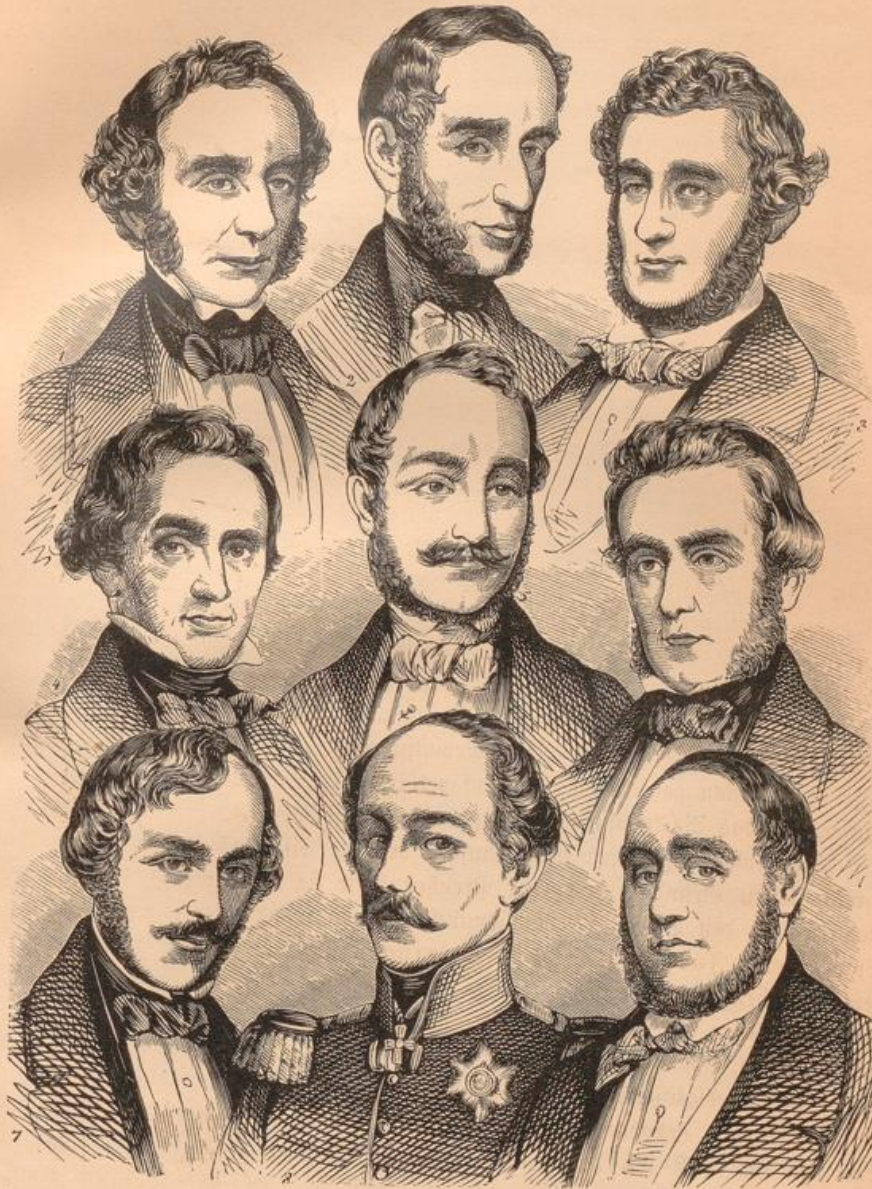
Karikatur auf Ernst August, König von Hannover, aus dem Jahre 1848.

„die unumwundene Anerkennung der Centralgewalt und des Gesetzes darüber von der Staatsregierung des Königreichs Hannover“ unter der Drohung gefordert wurde: man werde sonst Hannover zum Reichsland machen. Diese Nachgiebigkeit des starrsinnigsten aller deutschen Fürsten bewog auch den König Max von Bayern bald nachher zur einfachen Unterwerfung, obwohl er anfangs dem preussischen Gesandten polternd erklärt hatte: ehe er sich mediatisieren lasse, werde er bis zum letzten Blutstropfen kämpfen.

Die Besetzung des ersten Reichsministeriums war schon vor dem Eintreffen des Reichsverwesers in Frankfurt zwischen Gagern und Schmerling verabredet worden. Die wichtigsten Ämter — diejenigen welche hauptsächlich das

Verhältnis der Einzelstaaten zur Centralgewalt feststellen mußten — waren in der That, wie der Erzherzog schon in Wien versprochen hatte, preußischen Männern zugebacht. Der bisherige preußische Ministerpräsident Ludolf Camphausen sollte im Reichsministerium den Vorsitz und die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen, General von Peucker das Kriegsdepartement, der Abgeordnete Banquier v. Beckerath die Finanzen. Peucker, ein nicht sehr thatkräftiger, wohlwollender Mann stellte die — ihm zugestandene — Bedingung, daß man die deutschen Kriegsminister nicht einfach zu seinen Untergebenen machen, und die deutschen Heereseinrichtungen nicht umwälzen, sondern verbessern würde. Dann nahm er an. Camphausen dagegen lehnte ab (das Nähere bei Sybel, a. a. O. S. 197/199), nachdem ihm Gagern in begeisterter Offenheit erklärt hatte: Alles komme jetzt darauf an, die Centralgewalt sofort zu einer alle Einzelstaaten überragenden Macht zu erheben, demgemäß alle deutschen Truppen für den Reichsverweser in Eid und Pflicht zu nehmen, allen Landesregierungen das Gesandtschaftsrecht zu entziehen und vor allem die Verhandlungen mit Dänemark selbst in die Hand zu nehmen. Camphausens Herz schlug ebenso warm für die deutsche Sache wie das Gagerns. Aber mit nichten meinte er, daß die Centralgewalt alle Lebenskraft der Einzelstaaten auffaugen dürfe. Als besten Plan für den Um- und Neubau der deutschen Einheit betrachtete er vielmehr die Angliederung der größeren und kleineren Staaten an Preußen, als den beharrenden mächtigen Grundstock des Gebäudes. Zudem mißtraute er dem österreichischen Reichsverweser und dessen mehrhundertköpfiger Trabantenschar von österreichisch gesinnten Abgeordneten in der Paulskirche, und erklärte daher Gagern kühl: zum Werkzeug für Preußens Mediatisierung, zu dem er hier dienen solle, lasse er sich nicht gebrauchen. Darauf erklärte auch Gagern den Eintritt Camphausens in das Reichsministerium nicht für wünschenswert.

Die Ablehnung seitens Camphausens erfolgte also aus den triftigsten und ehrenhaftesten Gründen, aber für Preußen hatte sie den großen Nachteil, daß Johann nun den Vorsitz im Reichsministerium und das Innere dem bayrischen Standesherrn Fürsten Carl von Leiningen übertrug — den wir schon bei der bayrischen Märzbewegung kennen gelernt haben — einem geistreichen, aber immer rastlosen und auf Neues sinnenden, und vor allem bitter preußenfeindlichen Manne, einem Halbbruder der Königin von England, der mit der Schadenfreude des Mediatisierten den deutschen Fürsten kurz zuvor in einem Zeitungsartikel entgegen gedonnert hatte: entweder Unterwerfung oder Mediatisierung. Wie von ihm ließ sich auch von den andern Reichsministern, die der Reichsverweser nun noch ernannte, erwarten, daß sie mit widerföhllichen Fürsten rauhbeinig verfahren würden, so vortrefflich sie sonst sein mochten. Es waren der berühmte Staatsrechtslehrer Robert v. Mohl (Justiz), der Hamburger Advokat Heckscher (Auswärtiges), der Bürgermeister von Bremen Duckwih (Handel). Alle drei hatten bisher dem linken Flügel der Mehrheit der Pauls-

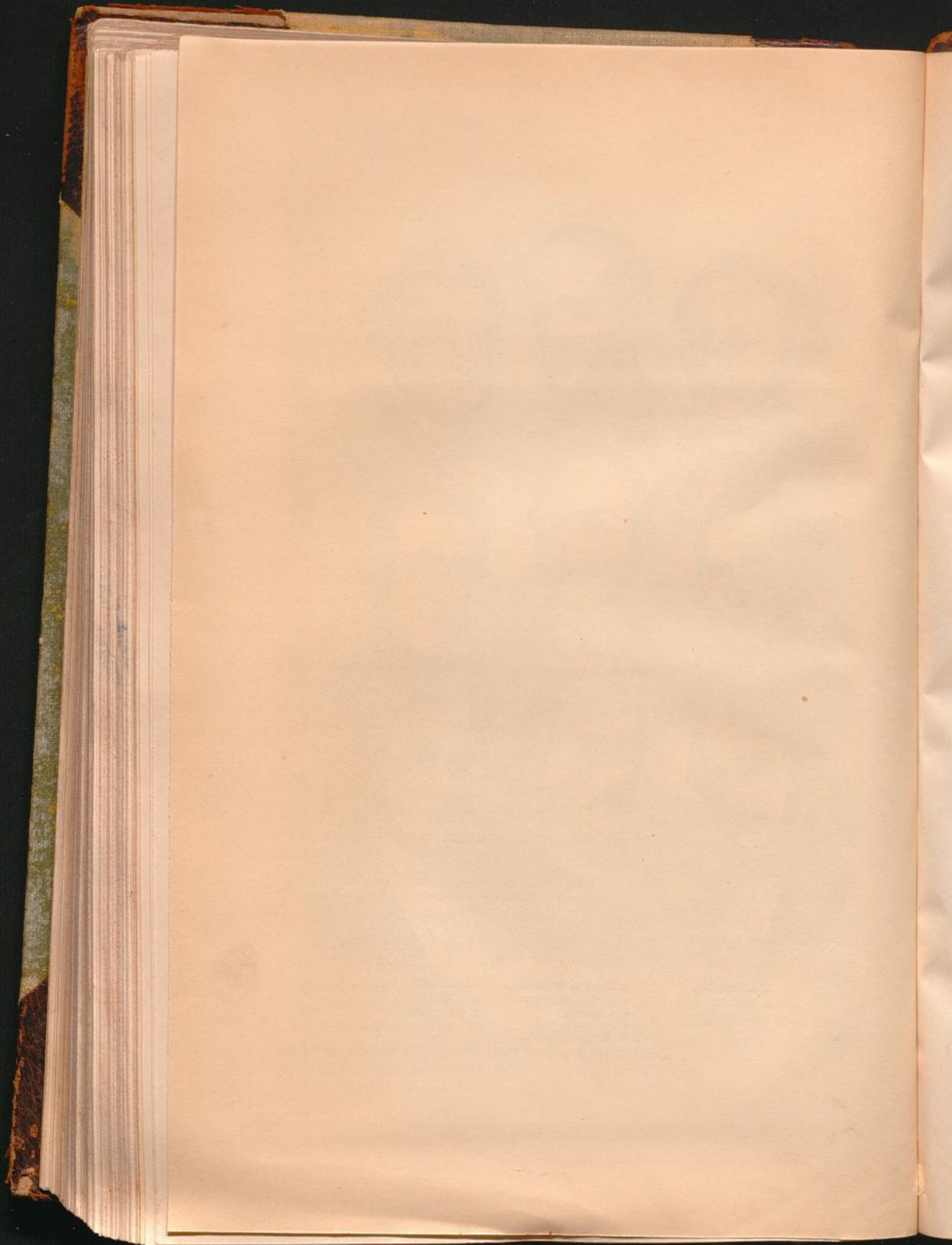


1. v. Weyerath.
4. Dückwitz.
7. Revisen.

2. Ritter v. Schmerling.
5. Fürst v. Leiningen.
8. v. Peuler.

3. Gedtscher.
6. v. Mohl.
9. Bassermann.

Die Reichsminister.
Holzschnitt aus dem Jahre 1848.



kirche angehört, wie auch Schmerling, der bald an Leiningens Stelle trat und nun vollends alle antipreußischen Intriguen in die Hand nahm.

Schon ehe dieses erste Reichsministerium vollständig besetzt war, begannen die Kraftproben auf die Stärke der neuen Centralgewalt, in Übereinstimmung mit dem eben zur Eröffnung des Reichstags nach Wien reisenden Erzherzoge, mit den bereits ernannten Ministern, namentlich mit dem General Peucker. Am 15. Juli machte das Parlament die erste Kraftprobe, indem es die Verdoppelung des Bundesheeres durch Erhöhung der Aushebung auf zwei Prozent der Bevölkerung beschloß, unter Wegfall aller bisher in den Einzelstaaten bestehenden Befreiungen. Der Beschluß war an sich vortrefflich. Er machte nur leider das Parlament, bei der Stockung allen Handels und Verkehrs und der übeln Finanzlage der Einzelstaaten, äußerst unvolkstümlich und erweckte lebhafteste Beschwerden aus dem Volke wie aus den Einzellandtagen. Und lange ehe diese grundstürzende Änderung der Wehrpflicht durchgeführt werden konnte, war es mit der Herrlichkeit des Parlamentes überhaupt vorbei.

Am 16. Juli folgte die zweite Kraftprobe. Da erließ der Reichskriegsminister — der aktive preußische General v. Peucker! — ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen, zugleich aber auch einen unmittelbaren Aufruf an die deutschen Truppen, und bezeichnete in beiden den Reichsverweser als den höchsten Kriegsherrn in deutschen Landen. Demgemäß forderte er die Regierungen auf, am Sonntag, den 6. August, sämtliche Truppen aller Garnisonen zu einer Parade auszurücken zu lassen, um dem Reichsverweser durch ein dreimaliges Hurrah zu huldigen, nachdem ihnen zuvor Peuckers Aufruf vorgelesen worden wäre. Nach der Huldigung sollten sie die deutsche Kokarde anlegen. Willig fügten sich die kleineren deutschen Staaten und bereiteten ihren „Völkern“ das erquickende Schauspiel. In Österreich aber sagte man den Truppen amtlich kein Sterbenswort von dem „obersten Kriegsherrn“ in Frankfurt. Das hätte gerade noch gefehlt, meinte Kriegsminister Latour, um auch den letzten Halt Österreichs, das Heer, mit der Begriffsverwirrung aller übrigen Kreise zu erfüllen

S. Blum, Deutsche Revolution.



„Wenn Deutschland und Frankreich Arm in Arm gehen, dann können wir unser Jahrhundert in die Schranken rufen.“

Karikatur aus dem Parlament auf Wiesner aus Wien (bei Beratung über die Verstärkung des Heeres auf 2% der Bevölkerung) 1848.

und in seiner Pflichttreue wankend zu machen. Auf seinen Antrieb verfaßte dann der österreichische Ministerrat jenes wundervolle Schriftstück, in welchem die Regierung des kaiserlichen Stellvertreters Erzherzog Johann in Wien nachdrückliche Verwahrung und Beschwerde einlegte gegen die Annahmung des Ministeriums desselben Erzherzogs Johann in Frankfurt. In Berlin zeigte man sich etwas entgegenkommender in der Form, aber ebenso scharf ablehnend in der Sache. Der König erließ nämlich einen Armeebefehl, in welchem er, sozusagen rein akademisch, das Vertrauen aussprach, seine preussischen Truppen würden die alte Tapferkeit bewahren, wenn sie einmal, auf Befehl des Königs, unter die Führung des Reichsverwesers zu treten hätten. Von einer Huldigungsparade am 6. August war aber in ganz Preußen keine Rede. Hannover verweigerte die Huldigung rundweg. Peuders unbedachte Verordnung erwies sich also auch als eine höchst unweise Handlung, da sie die beiden deutschen Großmächte gegen die Frankfurter Centralgewalt erbitterte und sie zu dem, auch für alle andern deutschen Regierungen sehr lehrreichen Beweis herausforderte: daß Parlament und Centralgewalt kein Mittel besäßen, um die Großmächte zur Unterwerfung unter unliebsame Frankfurter Beschlüsse zu nötigen.

Noch stärker aber trat die Ohnmacht der Centralgewalt in den auswärtigen Beziehungen hervor, und auch hier wurde die Sache auf die Spitze getrieben. Wir wissen, daß Gagern den Einzelstaaten das Gesandtschaftsrecht überhaupt entziehen wollte; und er meinte, ihre Gesandten würden von den fremden Höfen sofort verabschiedet werden, sobald dort die Vertreter der deutschen Centralgewalt ihre Beglaubigung überreichten. So sandte denn der Reichsverweser sogleich seine diplomatischen Vertreter an die fremden Mächte, meist Männer ohne alle diplomatische Vorschule. Sie wurden aber vom Ausland nur notdürftig anerkannt, da den Mächten die angebliche neue Großmacht „deutsche Centralgewalt“ durch Thaten und Machtmittel geschichtlich noch nicht beglaubigt war. Nur der nach der Schweiz entsandte Raveaux erfreute sich herzlicher Aufnahme und voller Anerkennung seiner amtlichen Stellung. Glücklicherweise gelang der Centralgewalt, sich in der schleswig-holsteinischen Frage, der einzigen bedeutenden der damaligen auswärtigen Politik Deutschlands, mit Preußen zu verständigen. Österreich, das in dieser nationalen Frage nicht bloß völlig unthätig war, sondern offen zu Dänemark hielt, mußte, bei seiner tiefen Ohnmacht, Preußen und die Centralgewalt wenigstens gewähren lassen. Die Centralgewalt aber übernahm keineswegs in diesen Verhältnissen und Verhandlungen die Führung, sondern mußte ihre Politik der Preußens fast vollständig unterordnen.

Wie diese ersten Mißerfolge der „Reichsregierung“ des österreichischen Erzherzogs im deutschen Volke wirkten und beurteilt wurden*), zeigen folgende hübschen Verse Franz Dingelstedts:

*) Das folgende aus dem trefflichen Büchlein von Max Jähns „der Vaterlandsgedanke und die deutsche Dichtung“. Berlin 1896.

Centralgewalt, Centralgewalt,
 Wie mächtig das, wie prächtig schallt!
 Zum Unglück aber fehlt ihr halt
 Bis jetzt noch Centrum und Gewalt. —

Der „Kladderadatsch“ aber, der doch sonst den freiheitlichen und einheitlichen Verlangen Deutschlands immer beredten Ausdruck lieh, teilte jetzt den Groll der preußischen Patrioten über die „Frankfurter Einigungsmesse“ und brachte am 23. Juli 1848 ein ernstes Bild, das den preußischen Adler darstellte, ans Kreuz geschlagen, umstanden von höhnnenden Österreichern, Bayern und Spießbürgern. Darunter ein ergreifendes patriotisches Klagelied Rudolf Löwensteins. Da erscheint aber über dem gekreuzigten Adler der alte Fritz mit dem Krückstock und ruft:

Nehmt euch in acht! Noch dürft ihr ihm nicht trauen!
 Wenn er sich losreißt — scharf noch sind die Klauen!
 Und raufet ihr auch frevelnd sein Gefieder —
 Nehmt euch in acht, die Schwingen wachsen wieder!

Jene verfehlten Kraftproben der deutschen Centralgewalt waren allerdings noch nicht gemacht und die dadurch erzeugte Mißstimmung noch nicht hervorgerufen, als das Frankfurter Parlament am 3. Juli den verhängnisvollsten aller Beschlüsse faßte: die Verhandlung über das deutsche Verfassungswerk mit der Beratung der Grundrechte zu beginnen. Aber andere sehr bedeutsame Erfahrungen lagen vor, die auf das dringendste vor diesem Beschlusse hätten warnen sollen. Denn schon unmittelbar ehe die Nationalversammlung am 19. Juni ihre achttägige Verhandlung über die Centralgewalt begann, hatte der österreichische Feldmarschall Windischgrätz den großen slavischen Aufstand in Prag mit Waffengewalt blutig niedergeworfen. Abgesehen von der Dämpfung des viel unbedeutenderen Heckerputsches in Baden, hatte in Prag seit dem März zum ersten Male eine Regierung mit militärischer Macht eine mächtige Empörung bewaffneter Volksmassen niedergeschlagen. Aber ein noch bei weitem bedeutungsvolleres Ereignis ging den Beratungen des deutschen Parlaments über die Centralgewalt zur Seite: die große dreitägige Pariser Straßenschlacht, in welcher General Cavaignac die bewaffneten Kommunisten- und Proletariermassen überwältigte und zermalmte. Damit war der Krater geschlossen, aus dem seit vier Monaten die revolutionäre Lavaglut nach Deutschland hinübergeschleudert worden war. Im alten reaktionären Kurse steuerte nun wieder das französische Staatsschiff. Gewiß eine Warnung für alle, die in Deutschland noch mit revolutionärem Winde segelten, eine große Ermunterung und Stärkung für die anderen, die den alten reaktionären französischen Kurs für den allein richtigen und heilsamen hielten; ins Deutsche übertragen: auch für die Auflehnung des Sondergeistes gegen die Einheit.

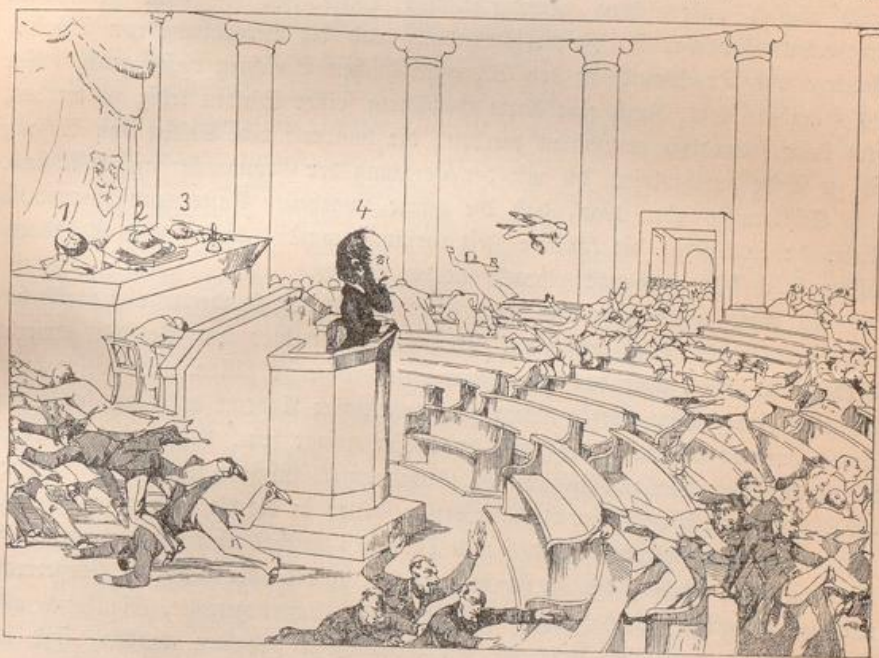
Das deutsche Parlament war zweifellos ein Kind der Revolution. Seine Macht war nicht von dieser Erde; sie bestand nur in dem innigen Glauben und

Vertrauen des Volkes, auch der Fürsten: daß diese Versammlung den Willen und die Kraft besitze, Deutschland Einheit und Freiheit, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Deshalb gab es jetzt für das deutsche Parlament gar nichts dringenderes zu thun, als die äußerste Beschleunigung des deutschen Verfassungswerkes und Vollendung desselben, ehe der Nimbus der parlamentarischen Allmacht zerfloß und die Erstarkung der alten Sondergewalten Deutschlands handgreiflich fühlbar wurde. Denn nur solange, als auch diese Gewalten noch einen Beschluß der Paulskirche für den Ausdruck eines unwiderstehlichen Volkswillens hielten, konnte die Hoffnung bestehen, daß dem Parlament gelingen werde, die provisorische Centralgewalt in eine endgültige dauernde Reichsregierung zu verwandeln, eine Reichsverfassung zu verwirklichen, die notwendig tief in die Hoheitsrechte der Einzelstaaten eingreifen mußte.

Statt nun aber sofort die Grundlagen der künftigen Reichsgewalt und Reichsverfassung festzustellen, faßte die Paulskirche, wie schon berichtet, am 3. Juli den unseligen Beschluß, zunächst in die Beratung der Grundrechte des deutschen Volkes, d. h. der Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers einzutreten. Daß die Linke für diesen Beschluß stimmte, war begreiflich. Für sie bestand der Hauptgewinn der deutschen Einheit in den allen Deutschen dadurch verbürgten Freiheiten. Selbst dieser Standpunkt aber hätte folgerichtig zu dem zwingenden Schluß führen müssen, daß erst die vollendete Einheit die Bürgerschaft für die gleichmäßige Freiheit aller Deutschen gewährleiste. Um so mehr mußten hiernach vollends die gemäßigten Parteien der Paulskirche ihrerseits sich gedrängt fühlen, zuerst die deutsche Einheit, und dann erst die in der Einheit gesicherte Freiheit zu schaffen. Der Grund, der die große Mehrheit gleichwohl veranlaßte, die Beratung der Grundrechte vorweg zu nehmen, war die Beschaffenheit dieser Mehrheit selbst. Nur in der Anerkennung des monarchisch-konstitutionellen Grundsatzes gegenüber der radikalen und republikanischen Minderheit war sie einig gewesen. Sowie aber die große Streitfrage der künftigen Reichsgewalt und des künftigen Reichsoberhauptes berührt wurde, trennten sich die in dieser Mehrheit vereinten Freunde Preußens und Österreichs in bitterem Hader. Beide glaubten, der monarchischen Sache zu dienen, wenn sie auch ferner vereint die radikale und republikanische Demokratie bekämpften. Beide glaubten aber auch, die Sache Preußens und Österreichs zu fördern, wenn sie jetzt noch nicht an den trennenden Punkt rührten. Die Preußen hofften, bis dahin werde König Friedrich Wilhelm vollstümlicher werden und zum deutschen Kaiser ausreifen. Sie hielten für unmöglich, jetzt schon eine lebensfähige Verfassung, vollends mit einem preußischen Kaisertum, zu beschließen. Die Österreicher meinten, später könne die Hofburg ihnen besseren Rückhalt leihen, als in ihrer jetzigen trostlosen Lage in Innsbruck. So flüchteten sich beide Hälften der Mehrheit auf den neutralen Boden der Grundrechte, deren Beratung, mit deutscher Gründlichkeit und Redelust, den Verbrauch von einigen Monaten sicher verhieß — thatsächlich

wurden daran drei köstliche Monate verloren! Keine der beiden Parteien der Mehrheit aber bedachte, daß nach drei Monaten die seit Jahrhunderten bestehende Streitfrage der Vorherrschaft Preußens oder Österreichs in Deutschland, noch gerade so grimmig die Zähne zeigen werde, wie heute, daß dann aber die Aussichten für die Nationalversammlung, so oder so ihr Verfassungswerk durchzuführen, bedeutend vermindert sein würden.

Freilich glaubte auch jetzt noch niemand in der Paulskirche an die Möglichkeit, daß ihre Macht jemals sinken könne, und so begann denn nun die unendliche Beratung der Grundrechte, eines Werkes von mehr als hundert Artikeln oder Paragraphen, von denen wieder jeder einzelne Satz, ja jedes Wort die querelles allemandes aus unerschöpflichen Redeschleuften speiste. Denn hier



Fortlaufender Beifall.

1. von Soiron. 2. von Gagern. 3. Herrmann. 4. Rauwerd.

Karikatur auf den Abgeordneten Rauwerd aus Berlin aus dem Parlament 1848.

waren nicht bloß etwa die Freiheitsrechte zusammengestellt oder durch Anträge aus der Versammlung gewahrt, die sich sonst in einer Magna Charta finden, wie freies Vereins- und Versammlungsrecht, Freiheit der Person und des Eigentums, Gedanken-, Preß-, Glaubensfreiheit u. s. w. Nein, zu den „Grundrechten des deutschen Volkes“ wurden auch gerechnet: eine andere Gemeindeverfassung, Rechtspflege, Strafgesetzgebung, ein anderes Kirchenrecht und Unterrichtswesen als sie bisher in den Einzelstaaten bestanden hatten. Für

alle diese Gesetze, die das Parlament natürlich nicht vollständig ausarbeiten konnte, mußten wenigstens die leitenden Grundsätze aufgestellt werden, und man kann sich denken, in welchem ungeheuren Maße sich Berufene und Unberufene an dieser ins Ungemessene greifenden Verhandlung beteiligten. Am 6. Juli schon waren 350 Abänderungsanträge eingereicht zu den rund 100 Paragraphen des Entwurfes, also 450 verschiedene Fassungen im ganzen. Zu jeder dieser Fassungen pflegten sich 10 Redner zu melden, so daß man sich schon am 6. Juli 1848 auf 4500 Grundrechts-Redner gefaßt machen konnte, und Giskra berechnete, daß die erste Lesung der Grundrechte am 1. April 1850 abgeschlossen sein werde! So schlimm ist es ja dann — dank der allgemeinen Ermüdung der Versammlung und dem allgemeinen Überdruß an den drei Monate hindurch täglich aufgetischten grundrechtlichen Leckerbissen — nicht gekommen. Immerhin aber war die Zeitverschwendung und die Vergeudung von Druckschwärze und Druckpapier in den Stenographischen Berichten riesig groß. Wer des Glaubens lebt, durch eine harte Bußübung seiner Sünden ledig zu werden, dem kann freundlich empfohlen werden, die hunderte von Seiten von Anfang bis zu Ende durchzulesen, die mit der Beratung der Grundrechte angefüllt sind. Das Schlimmste aber war, daß die ganze ungeheure Anstrengung vergeblich blieb, da inzwischen die köstliche Zeit versäumt wurde, in der eine Reichsverfassung noch hätte zustande gebracht werden können.

Es wäre daher eine rein theoretische Erörterung hunderter von meist bestrittenen staatsrechtlich-politischen Fragen, wollte hier der Versuch gemacht werden, ein Urteil über den Wert jener Grundrechte zu fällen. Der Leser kann sich aus dem diesem Werke anliegenden wörtlichen Abdruck derselben selbst ein Urteil darüber bilden. Nur soviel mag hier gesagt sein, daß auch die Arbeit des Frankfurter Parlaments an den Grundrechten insofern nicht verloren war, als die wesentlichsten dieser Volksfreiheiten später in die Verfassung und Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches übernommen wurden.*) Auch viele der Reden, die im Frankfurter Parlament über deutsches Bürgerrecht und Freizügigkeit, Abschaffung der Todesstrafe, Schwurgerichte, Glaubens- und Pressefreiheit u. s. w. bei Beratung der Grundrechte gehalten wurden, sind im norddeutschen und deutschen Reichstag noch als mustergültig und überzeugend anerkannt worden. Daneben freilich enthalten jene Verhandlungen der Paulskirche auch eine Fülle der wunderbarsten Einfälle und Redeb Blüten, die den Witzblättern und Karikaturenzeichnern der Zeit eine unerschöpfliche Quelle für ihre Thätigkeit boten. So, wenn der „Reichskanarienvogel“ Köster aus Dels — in Hellgelb gekleidet von der Ferse bis zum gelbhaarigen Scheitel — pathetisch

*) Sehr lesenswert ist darüber eine Abhandlung von Karl Baumbach (des späteren deutsch-freimütigen Reichstagsabgeordneten, † 1896 als Oberbürgermeister von Danzig) „die Verwirklichung der Deutschen Grundrechte in der Gegenwart“, Grenzboten, 1876, S. 361 fg. 453 fg.

versicherte: „er spreche gegen den Adel, obschon er diesem durch Verwandte nahe stehe“; — so, wenn der bayerische Kultusminister das Sündenregister des Ultramontanismus kundig aufrollte, dabei aber zu dem unbedachten Worte sich hinreißen ließ, der Papst habe ohne Zwang am italienischen Bürgerkriege teilgenommen, sich wenigstens „nur gesträubt, wie eine Braut“. Oder wenn Karl Vogt bei der Beratung über die Glaubens- und Gewissensfreiheit rief: „Ich stehe bei dieser Frage eigentlich auf gar keinem Standpunkt“ — und nun vom Standpunkt des Unglaubens aus die Schädlichkeit des Glaubens nachweisen wollte — und was der ergößlichsten Redebüten mehr sind. Die Ungebuld aller Patrioten über die unendliche Beratung brachte Franz Dingelstedt treffend zum Ausdruck in den Versen:

Gründlich ergründen sie drin des Volks zu begründendes Grundrecht;
Draußen indes, grundschlecht wird es dem Volke zu Mut.

In diese Zeit fällt auch Miquels erste politische That,*) die derselben edeln Ungebuld entsprang. Miquel (geb. 1828) studierte damals in Heidelberg die Rechte und Staatswissenschaften und nahm mit Feuereifer an der politischen Bewegung jener Tage teil, natürlich von sehr radikalen Ideen erfüllt, wie die große Mehrzahl der damaligen Jugend. Er und seine Freunde hielten in Volks- und Studentenversammlungen begeisterte Reden, gründeten Vereine und schrieben Flugblätter. Aus alledem wie aus dem Folgenden kann auf den heute so hochstehenden und gemäßigten Staatsmann nicht der geringste Makel geworfen werden. Im Gegenteil bethätigte er durch alles das schon im Alter von zwanzig Jahren sein warmes Vaterlandsgefühl, seine ungewöhnliche Beredsamkeit und Fähigkeit, die Leitung Gleichdenkender zu übernehmen. Namentlich wäre eine konservative Gesinnung bei dem jungen Manne in der wildgärenden Zeit geradezu wider natürlich gewesen. Natürlich erfüllte der schleppende, um nicht zu sagen kriechende Fortgang der Verfassungsarbeit der Paulskirche die jungen Himmelsstürmer in Heidelberg mit äußerstem Mißtrauen gegen diese Gesellschaft, und sie hielten daher weisen Rat, was in dieser Not des Vaterlandes zu thun sei. Ein schweizer Freund, der es wissen konnte, berichtete dem Verfasser, daß auch Gottfried Keller, der später so berühmte schweizer Dichter, der damals in Heidelberg studierte, sich an diesem weisen Räte und den folgenden Ereignissen beteiligt habe.

*) Nach persönlichen Mitteilungen Miquels an den Verfasser 1868 im Reichstag, (wo beide der nationalliberalen Fraktion angehörten); schon 1878 in des Verfassers Werk „Robert Blum“ S. 384 kurz berichtet.



Der Reichskanarienvogel.

Singt wenig — spricht viel — und lebt von Diäten.

Karikatur auf Roesler von Dels aus dem Parlament 1848.

Außerordentliche Zeiten erfordern natürlich außerordentliche Mittel, und so bestieg denn am Morgen nach diesem Kriegsrate ein nicht unerheblicher Teil der in Heidelberg sich Studierens halber aufhaltenden Jugend, mit Schlägern und anderen den Gang der Weltgeschichte beschleunigenden Waffen versehen, den Bahnzug nach Frankfurt, um in der Paulskirche reine Wirtschaft zu machen und dort dem souveränen Volkswillen zum endlichen Durchbruche zu verhelfen. Der größte Tag der deutschen Geschichte, nach hinten und vorne beesehen, war angebrochen und sollte sich heute vollenden. Leider war er unerträglich heiß. In Darmstadt wurden die Wagen, in denen die thatendurstigen — aber auch sonst sehr durstigen — Heidelberger Musesöhne ihrer weltgeschichtlichen Bestimmung entgegenfuhrten, auf ein totes Gleis geschoben und fest verschlossen. Durch die damals elend kleinen Fenster hätte kein Kind entinnen können. Der Frankfurter Zug fuhr ab, ohne die Wagen der Heidelberger mitzunehmen. Vermutlich war er zu schwer belastet gewesen und hatte sich geteilt — so dachten die Musesöhne. Aber nichts deutete auf ihre Weiterbeförderung. Vielmehr wurde, wie zum Hohne der durstigen Gefangenen, eine kleine Pyramide gefüllter Bierfässer vor ihnen aufgetürmt, leider aber nicht ein einziger Schoppen verzapft. Gleichzeitig fanden sich zu beiden Seiten der Wagen auf dem toten Strang auch ansehnliche Scharen der volksfeindlichen Soldateska von Hessen-Darmstadt ein, die sich obendrein an den Bier- und Horneskrufen der Musesöhne weidlich zu ergötzen schienen. Schließlich trat ein höherer Offizier oder Diplomat Darmhessens vor, eröffnete den Gefangenen kaltfinnig, ihr herrliches Vorhaben sei verraten, und schlug ihnen eine ehrenvolle Kapitulation vor: die aufgefahrenen Bierfässer sollten ihnen auf Gnade und Ungnade preisgegeben, das deutsche Parlament und die deutsche Einheit dagegen heute noch sich selbst überlassen werden, der Studio von Heidelberg dagegen, nach Stillung seines Durstes, männiglich zur Alma mater am Neckar zurückkehren. Der im Innern der Wagen abgehaltene Kriegsrat war kurz, erbaulich und einmütig. Die Thüren wurden geöffnet, die Fässer ausgetrunken, und dann die Heimfahrt auf Kosten des um die Ruhe Deutschlands so hochverdienten Darmhessens angetreten. „Glücklicherweise machte im Sommer 1848“, erzählte Miquel dem Verfasser wörtlich, „ein kategorischer Befehl meines strengen und konservativen Vaters, nach Göttingen zu gehen, diesen politischen Stürmen ein Ende“.

In Frankfurt aber haben diese politischen Stürme nun erst recht an. Denn auch in der Erörterung der Grundrechte traten allerlei ärgerliche und verbitternde Unterbrechungen ein. Mit großer Einmütigkeit noch verhandelte das Parlament über die seltsamen Verhältnisse Limburgs, das zugleich deutsches Bundesland und holländische Provinz war und ganz und gar als solche verwaltet wurde. Einmütig beschloß die Paulskirche: die Regelung dieser Zustände obliege der deutschen Centralgewalt und das Reichsministerium werde zu den nötigen Schritten aufgefordert. Woher dieses freilich die Machtmittel zur Durchführung der

Offene

Die deut-
gen, sieht
seits durch
außerordent-
Ihr Auftr
Aufgabe ni
prüft, ob E
anheim stell
einzunehmer
Lösung des
erstes Auftr
schaft leister
tes, des Be
konnten? G
Kontinuität

Herr General! W
Versuche der gute Sinn, d
rung liegt, die Oberhand g
staltung und die Zeitfrager
entgegengeführt werden kör
wackeren deutsche und pre
begriffen, die uns Heilung
den sehr bald die im Inn
statt ihrer die gesetzliche D
in friedlichern Zeiten wied
Deutschlands Söhne auch
haben.

Seien Sie gerecht
die Versicherung unserer L
wir uns erlauben, diesen S
zu übergeben.

Lissa, am 14^{ten}

Der Vorstand
Interesse

v. Paris. Schü
Rogge.

Offenes Sendschreiben an den Königl. Commissarius Herrn General-Major von Willisen.

Die deutsche Stadt Lissa, gewohnt sich innerhalb der gesetzlichen Ordnung zu bewegen, sieht sich durch die Ereignisse der jüngsten Gegenwart aus dieser ihrer Stellung einerseits durch die Maßnahmen, andererseits durch die Unthätigkeit der Provinzial-Behörden zu außerordentlichen Schritten veranlaßt. Ein solcher Schritt ist nun auch der, welcher durch Ihr Auftreten in der Provinz hervorgerufen wird. Wir verkennen die Schwierigkeit der Aufgabe nicht, deren Lösung Sie übernommen. Aber haben Sie, Herr General, Sich geprüft, ob Sie der Mann sind, dem auch wir Deutsche die Entscheidung unserer Sache anheim stellen können? Haben Sie geprüft, welche Stellung Sie den Parteien gegenüber einzunehmen haben, damit wir ein unbedingtes Vertrauen in Ihre Persönlichkeit bei der Lösung des Ihnen gewordenen Auftrags zu setzen haben? Haben Sie, Herr General, Ihr erstes Auftreten unter uns in einer Weise bezeichnet, wodurch Sie uns die nöthige Bürgschaft leisten, daß Sie uns auch wohl wollen, daß Sie als der Mann des deutschen Volkes, des Vertrauens, der unparteiischen Würdigung unserer heiligsten Interessen erscheinen konnten? Wir wollen Sie mit weiteren Fragen nicht überfluthen, wollen Sie sogar der Beantwortung jener Fragen überheben, um so mehr, da uns nicht die Ehre zu Theil geworden, Ihr Auftreten in unserer Nähe durch eigene Anschauung zu würdigen. Aber, wie konnten Sie, als Ehrenmann, einen Auftrag übernehmen, und zur Ausführung desselben schreiten, ohne Kenntniß unserer Gesinnung und Bedürfnisse, ohne die strengste und gewissenhafteste Abwägung der Verhältnisse, ohne überhaupt eine Stellung einzunehmen, die Sie über alle Parteien erhebt? Kurz gesagt: für uns Herr General, ist Ihre Mission eine ganz überflüssige. — Wir haben in dem Bewußtsein unserer wohlgeordneten Verhältnisse alle Anmaßungen und Zumuthungen von Außen bisher beharrlich zurückgewiesen, und wollen sie mit Gottes Hilfe im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache, im Vertrauen auf die übereinstimmenden Gesinnungen unserer Brüder, auch ferner, wenn es sein muß, mit den Waffen in der Hand, zurückweisen. — Sind Sie auch in diesem Falle ermächtigt, gegen uns einzuschreiten? Der Entgegnung auf diese Frage können wir Sie nicht überheben. — Was an uns ist, so fühlen wir kein Bedürfniß, in irgend einer Weise reorganisirt zu werden.

Herr General! **Ein** Bedürfniß fühlen wir, deutsch und preussisch zu sein und zu bleiben, und da wir für die Befriedigung dieses Bedürfnisses in Vereinigung mit unseren deutschen Brüdern durch ein vollständiges Anschließen an unser benachbartes deutsches Schlesien einzig und allein Heil und Wahrung unserer nationalen Rechte erblicken, so haben wir bereits an andern geeigneten Orten Schritte gethan, die Ihr Auftreten in unserer Provinz für uns wenigstens unschädlich machen sollen. Wir wollen nicht die edeln Absichten unseres hochherzigen und hochverehrten Königs durch ein solches Entgegentreten vereiteln, hoffen vielmehr durch unsern Protest darzuthun, daß wir wahrlich keine schlechtern Unterthanen, darum nicht minder gute und loyale Bürger sind, als diejenigen, welche hinter Barrikaden Rechte und Freiheiten erkämpfen; gewiß, wir fühlen uns nicht minder hochbegeistert für Deutschlands Ehre und Freiheit, für die Existenz unseres preussischen Vaterlandes, als diejenigen, welche, nachdem sie auf dem Wege der Gnade ihre Freiheit wieder erlangt, die Waffen des Bürgerkrieges ergreifen, die Fackel des Aufruhrs unter eine friedliebende Bevölkerung schleudern, die Gesetz und Ordnung mit Füßen treten, Wohlstand und Bürgerglück für Menschenalter vernichten.

Herr General! Wir bezweifeln nicht, daß auch ohne gewaltsame Reorganisationsversuche der gute Sinn, der in dem Kern unserer deutschen und polnischen Landbevölkerung liegt, die Oberhand gewinnen werde, und daß unsere Zustände einer friedlichen Gestaltung und die Zeitfragen, so weit sie unsere Provinz betreffen, einer friedlichen Lösung entgegengeführt werden können. Noch haben wir Männer in unserer Mitte, wie unsere wackeren deutsche und preussische v. Colomb und Steinäcker, die längst die Mittel begriffen, die uns Heilung bringen können. Lassen sie diese Männer wirken, und sie werden sehr bald die im Innern der Provinz vorherrschend gewordene Anarchie beseitigt und statt ihrer die gesegliche Ruhe und Ordnung zurückkehren sehen, und sollten Sie dereinst in friedlichen Zeiten wieder unter uns weilen, so werden Sie es inne werden, daß Deutschlands Söhne auch hier keinen Groll gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien haben.

Seien Sie gerecht und billig, Herr General, und genehmigen Sie im Uebrigen die Versicherung unserer Loyalität, die wir auch dann nicht verkannt wissen wollen, wenn wir uns erlauben, diesen Ausdruck unserer Gesinnung durch den Druck der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Lissa, am 14^{ten} April 1848.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung deutscher Interessen in der Provinz Posen.

v. Paris. Schütze. Plate. Klopsch. Franke. Anschütz.
Rogge. L. G. Wiener. Simon. Bernhard.

Gedruckt bei Ernst Günther in Lissa.

Sie bezweifeln nicht, daß auch ohne gewaltsame Reorganisations-
ver in dem Kern unserer deutschen und polnischen Landbevölke-
gewinnen werde, und daß unsere Zustände einer friedlichen Ge-
sellschaft, so weit sie unsere Provinz betreffen, einer friedlichen Lösung
fähig sind. Noch haben wir Männer in unserer Mitte, wie unsere
Vorfahren v. Colomb und Steinäcker, die längst die Mittel
bringen können. Lassen sie diese Männer wirken, und sie wer-
den der Provinz vorherrschend gewordene Anarchie beseitigt und
Friede und Ordnung zurückkehren sehen, und sollten Sie dereinst
hier unter uns weilen, so werden Sie es inne werden, daß
hier keinen Groll gegen Personen, sondern nur gegen Prinzipien

... und billig, Herr General, und genehmigen Sie im Uebrigen
die Qualität, die wir auch dann nicht verkannt wissen wollen, wenn
der Ausdruck unserer Gesinnung durch den Druck der Oeffentlichkeit

April 1848.

Des Vereins zur Wahrung deutscher
Rechte in der Provinz Posen.

Plate. Klopsch. Franke. Anschütz.
L. G. Wiener. Simon. Bernhard.

nötigen Schritte nehmen sollte, fragte niemand. Immerhin war recht erfreulich, daß die Versammlung in dieser Frage der nationalen Ehre sich völlig einig zeigte.

Um so peinlicher berührte dagegen die am 24. Juli beginnende dreitägige Polendebatte. Sie war ein Ergebnis folgender Vorgänge. Die durch die Berliner Märzkämpfe befreiten edeln Polen waren sofort in die Provinz Posen geeilt, um dort einen neuen Aufstand gegen die preußischen Behörden und die halbe Million deutscher Einwohner zu erregen. Vorher wurde jedoch der Erzbischof Przyluski mit einer großen polnischen Abordnung nach Berlin gesandt, um der Regierung die Forderungen der „polnischen Nation“ bekannt zu geben. Sie erhielten vom König die verhängnisvolle Zusage „einer nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen“, welche von einer aus den zwei Nationen zusammengesetzten Kommission beraten werden sollte. Welche nationale Forderungen aber die Herren Polen durch die kopflose Zusage der Regierung vom 24. März bewilligt glaubten, das offenbarte das polnische Centralkomitee in Posen schon am 23. März, noch ehe die königliche Zusage erteilt war, mit echt sarmatischem Hochmut: das Ziel des Komitees sei die Herstellung von ganz Polen. Sie begannen, unterstützt durch zahlreiche Zuzüge aus Rußland, Österreich und Frankreich, auch ganz offen in ihrem Sinne mit dieser „nationalen Reorganisation des Großherzogtums Posen“ die ihnen der schwache General Willisen am 11. April in einer förmlichen „Konvention“ zu Jaroslawiez noch einmal zusagte — indem sie die königlichen Beamten verjagten, die königlichen Kassen „beschlagnahmen“, d. h. stahlen und raubten, Steuern und Lieferungen ausschrieben, die preußischen Adler abriffen und jede Gewaltthat, Bedrückung und Grausamkeit gegen Deutsche und Juden verübten. Da erhob sich ein Schrei der Entrüstung und tapferer vaterländischer Verwahrung seitens aller Deutschen in Posen gegen die unselige Blindheit und Schwäche der preußischen Regierung (— wir fügen einen dieser Proteste dem Werke im Urdruck bei —), und fand in ganz Deutschland, namentlich aber in den preußischen Provinzen lebhaften Widerhall. So schrieb Otto von Bismarck am 20. April an die Magdeburgische Zeitung: „Ich halte unsere jetzige Politik in Bezug auf Posen für die bedauerlichste Don Quixoterie, die je ein Staat zu seinem und seiner Angehörigen Verderben begangen hat.“ Die mannhafte Erhebung der Deutschen Posens gegen diese verblendete Polenpolitik des neuen Kurtes Friedrich Wilhelms hatte den von den Deutschen gewünschten Erfolg: die rein deutschen Bezirke Posens wurden von der „nationalen Reorganisation“ ausgenommen und — zugleich mit West- und Ostpreußen — dem deutschen Bunde einverleibt. Sie entsandten denn auch Abgeordnete zum deutschen Parlament. Da hatten nun die Polen unter dem Vorwand, daß „Verrat“ geübt und die „siebente Teilung Polens“ vollzogen werde, den offenen Kampf und blutigen Bürgerkrieg begonnen, wurden aber schon in der ersten Hälfte Mai genötigt die Waffen zu strecken, ihre Banden wurden aufgelöst und die Ordnung überall hergestellt.

In Frankfurt handelte es sich am 24. Juli also einfach um die Frage, ob die Abgeordneten aus Posen rechtsgültig gewählt seien oder nicht — wie die polnische und polenfreundliche Presse behauptete. Für jeden Deutschen, der dieses Namens wert sein wollte, lag diese Frage so einfach wie die andere, ob Frankfurt, München oder Berlin berechtigt gewesen seien, zum Parlament zu wählen. Auch der eifrigste Polenfreund des Parlamentes, Robert Blum, begriff das, und beantragte daher nur: die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl der posenschen Abgeordneten auszusetzen, bis die zwischen den deutschen



Wilhelm Jordan.

Nach einer Lithographie von Storz, 1848.

und polnischen Bezirken Posens von Preußen gezogene Grenzlinie durch Beauftragte der Centralgewalt nachgeprüft sei. Dabei konnte sich aber Blum nicht versagen, die glühende Polenbegeisterung zum berebten Ausdruck zu bringen, die ihn seit 1830 beseelte. Ihm antwortete ein Mann, der bisher zu Blums eigener Partei gehört, sich auch allezeit als eifriger Demokrat bewährt hatte, Wilhelm Jordan aus Berlin, der Dichter, dessen Stunde von Damaskus jetzt gekommen war. Denn die gewaltige Rede, die Jordan nun hielt, schied ihn nicht bloß in der polnischen Frage für immer von der Linken. Mit Naturgewalt brachen die Herzenstöne reinsten Deutschtums aus diesem reichen

Gemüt mit gottbegnadeter Beredsamkeit hervor. Seine gründliche, nicht bloß an polnischen Legenden genährte Kenntnis der polnischen Geschichte wie der nationalen Bevölkerungsverhältnisse in Posen, und des unausrottbaren und tödlichen Deutschenhasses der Polen erwies sich allen Rednern jener drei Tage weit überlegen. Er sagte gerade heraus: wer eine halbe Million Deutscher aus Deutschland hinausstoßen wolle, sei mindestens ein unbewußter Volksverräter. Und als er mit den Worten schloß: „Freiheit für Alle, aber des Vaterlandes Kraft und Wohlfahrt über alles!“, da erhob sich ein langdauernder Beifallsturm. Diese Rede entschied schon am ersten Tage die Sache. Es waren dieselben wuchtigen Gedanken, die Jordan später in den köstlichen Gesprächen seines Demiurgos über die Deutschen (II, S. 227) in die Verse kleidete:

„Trotz ihrem übermilden Sinn	Und hinten mit dem Ki-Schwanz zieren,
Sind sie von Zeit zu Zeit gezwungen worden	Um dann weltbürgerlich sentimental
Ein winzig Stämmchen — nicht zu morden,	Zu klagen um die adoptierten Ahnen,
Bewahre, nur allmählig zu verdauen,	Die seine Väter durch des Pfluges Stahl
Sein wüstes Land in Kornflur umzubauen.	Geführt auf der Gesittung Bahnen.
Doch — wie betreiben sie das Regieren!	Die Jammerterle sonder Kraft und Saft
— Sie lernen selbst die fremde Zunge	Sind mir zum Brechen etelhaft!
Und helfen den Besiegten lamentieren;	Und solch ein Urlump, der sich selbst entdeuscht,
Ja, manch ein echter deutscher Junge	Wird nicht vom Büttel ausgepeitscht!“
Läßt seinen Namen halb kastrieren	

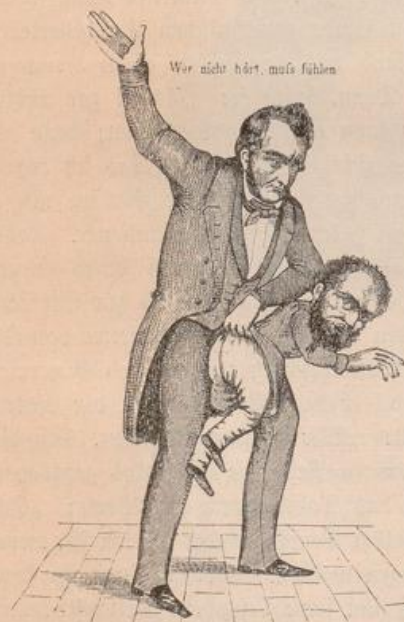
Ruge, der am dritten Tage das Wort ergriff, war natürlich durch alles bisher gehörte unbelehrt und verlangte mit seiner gewöhnlichen Unfehlbarkeit: die Centralgewalt müsse, vereint mit England und Frankreich, einen Kongreß zur Wiederherstellung Polens einberufen. Denn, sagte er: „Es ist gar nichts anderes zu beantragen und zulässig. Man kann etwas anderes thun; denn es ist dem Menschen gegeben, daß er von dem richtigen abweicht. Was ich beantrage, ist aber das einzig richtige, was geschehen kann“. Jede Nation müsse ein selbständiges Ganzes für sich werden, so Polen, Deutsche, Italiener. Tags zuvor (25. Juli) hatte der österreichische Feldmarschall Radetzky durch seinen großen Sieg bei Custozza die nationalen Hoffnungen Italiens bis zur Vernichtung getroffen, und die Rechte wie die Centren der Paulskirche zweifelten damals noch nicht entfernt an der reinen Deutschheit österreichischer Heere und Generale. Sie tobten daher wild auf, als Ruge jetzt, unter dem Beifallsturm der Linken und der Galerien, das kühne Wort sprach: „Wir müssen wünschen, daß die Tyrannen der Italiener, die Tillys der neueren Zeit, die Radetzky's geschlagen werden!“ Präsident Gagern beschwichtigte das Toben durch die Worte: „Ich kann dem Redner nur sagen, daß es ein halber Verrat an der Nation ist, wenn man wünscht, daß deutsche (!) Heere geschlagen werden. Aber ich kann ihn deshalb nicht zur Ordnung rufen, sondern muß ihn seine besondere Weltanschauung hier vortragen lassen. Seine besonderen Anschauungen sind uns ja bekannt“. Schließlich wurde dann die endgültige Zulassung der Abgeordneten aus

Posen mit großer Mehrheit beschlossen und eine Brandmarkung der früheren Teilungen Polens sogar abgelehnt, da ein solches Urteil nicht zur Aufgabe der Versammlung gehöre. Fortan galt die Mehrheit des Parlaments einem großen Teile der Linken und der ganzen polenfreundlichen radikalen Presse nur als eine verkommene Rotte finsterner Reaktionäre oder gar feiler Fürstentknechte, und wurde als solche öffentlich gebrandmarkt.

Einen neuen Anlaß, der in den Augen des äußersten Radikalismus dieses Urteil zu rechtfertigen schien, und den Hader der Parteien noch weiter schürte und vergiftete, boten die Verhandlungen der Paulskirche vom 7. bis 10. August über Hecker's Wahl und die Amnestiefrage. Hecker war nachträglich im badischen Wahlkreise Thiengen in das Parlament gewählt und ein besonderer Ausschuß zur Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser Wahl niedergesetzt worden. Es war vorauszu sehen, daß der Ausschuß, nach Hecker's Aufstand im April und seiner Flucht ins Ausland, die Ungültigkeit der Wahl beantragen werde. Um das zu vermeiden, hatte die Linke eine Anzahl von Petitionen an das Parlament richten lassen und eigene Anträge gestellt, welche eine vollständige Amnestie für alle bisher begangenen politischen Verbrechen und Vergehen verlangten, also auch der in Posen, namentlich aber der in Baden begangenen. Diese Anträge ließen sich, außer durch die menschliche Teilnahme an dem Schicksal der Betroffenen, durch nichts rechtfertigen; denn ihre Annahme hätte jeder neuen

bewaffneten Empörung im voraus einen Freibrief ausgestellt. Vor allem aber fehlte der Nationalversammlung jede Befugnis, auf solche Weise in die Strafgewalt, die Autorität und das Gnadenrecht der Einzelstaaten einzugreifen. Der Bericht des „Ausschusses für Gesetzgebung und Rechtspflege“ beantragte daher in eingehendem Rechtsgutachten, über alle diese Petitionen „zur motivierten Tagesordnung überzugehen“.

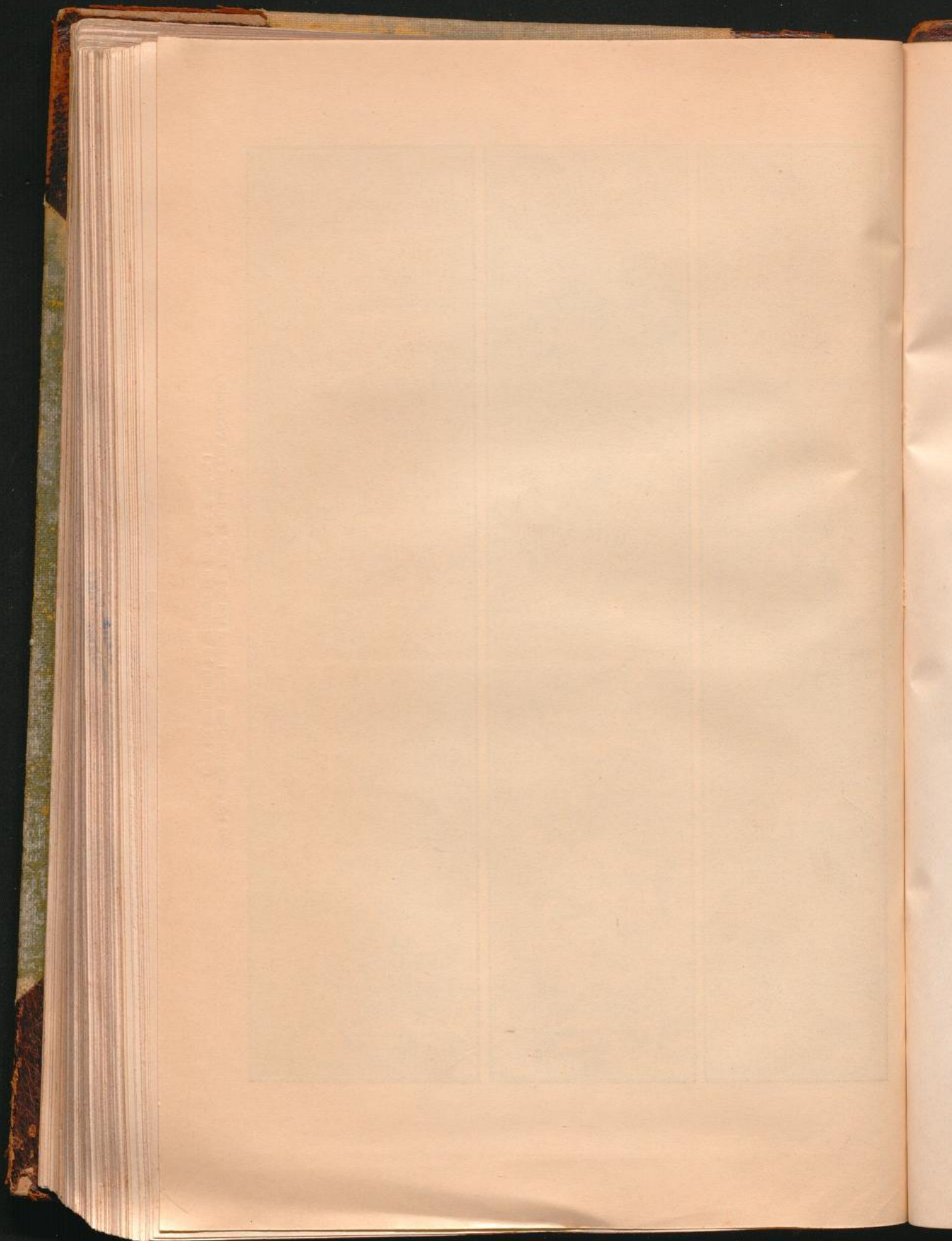
Diese Verhandlungen mußten vornehmlich die badischen Ereignisse auf tiefste berühren, die dem General von Gagern das Leben gekostet hatten, und deshalb überließ Präsident v. Gagern während dieser Verhandlungen dem Vizepräsidenten v. Soiron den Vorsitz, dessen Kraft und Geschick zur Lenkung und Bändigung stürmischer Auftritte freilich weit geringer waren, als die Gagerns.



„Wollt du mehr die Geschäftsordnung verlieren, hast du das von mir gelernt!“
von Gagern und von Soiron.
Karikatur aus dem Parlament 1848.



Aus dem „Republikanischen Scherzreich vom Jahr 1848.“ Karikaturen zum Festeputz.
(Aus der Sammlung des Freiherrn von Marischall, Bamberg.)



Außerdem aber galt gerade Soiron der Linken, wegen seines lebhaften persönlichen Anteils an den badischen Ereignissen, als verdächtiger Parteimann. So kam es denn in den drei Tagen dieser Debatte zu den wildesten Szenen, die in der Paulskirche bis dahin erlebt waren. So schon am ersten Tage, als der hitzige Brentano aus Baden in die Versammlung hineinschrie: „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?“ Da erfolgte ein solcher Ausbruch patriotischen Zornes bei den preussischen Abgeordneten und vielen andern der Mittelparteien, daß man dicht vor persönlichem Handgemenge stand. Hunderte stürzten der Rednerbühne zu, um Brentano herunterzureißen, die ganze Linke machte mobil, um ihn zu schützen. Aufs ungebührlichste nahmen die Galerien durch Schreien,



Jetzt folge wieder meinen Lehren
und thu dich schön zum Rechten lehren.
von Soiron. von Gagern.
Karikatur aus dem Parlament 1848.

Toben und Schimpfen Partei für Brentano. Soiron konnte den ungeheuren Lärm nicht händigen. Er schloß die Sitzung, indem er sein Haupt bedeckte und mit dem Bureau den Saal verließ. Am folgenden Tage erließ Soiron einen eingehend begründeten Ordnungsruf gegen Brentano, namentlich weil dieser „durch den Vergleich, den er gestern gebraucht, edle Volksstämme und damit diese Versammlung selbst sehr schwer verletzt“ habe. Diese Rüge entfesselte abermals einen so entsetzlichen Lärm der Linken und der Galerie, daß Soiron die Sitzung wieder aufheben und nach Wiedereröffnung derselben die Galerien vollständig räumen lassen mußte, da seine Ruhegebote von dorthier frech verhöhnt wurden. Schaffrath nannte das Weitertagen des Parlamentes ohne das „Volk“ auf den Galerien eine Verletzung der Geschäftsordnung, eine „geheime Sitzung“, und erhob am folgenden Tage eine förmliche Anklage von 15 Punkten gegen Soiron, wegen angeblicher Verletzung der Geschäftsordnung. Die große Mehrheit der Versammlung aber ließ sich durch solche advokatorische Künste und alles Wählen der Linken nicht abhalten, am 9. August die Amnestie abzulehnen, und am 10. August Heckers Wahl mit 350 gegen 110 Stimmen für ungültig und nicht geschehen zu erklären, indem sie dabei den richtenden Worten Eduard Simsons folgte: „Wenn

Heckers That ihm den Eintritt in alle Ehren- und Ruhmeshallen der Welt geöffnet haben sollte, in diese Hallen hat sie ihm den Einzug verschlossen!" Die Anklage Schaffraths gegen Soiron aber wurde dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen, und als dieser nach zwei Monaten darüber Bericht erstattete, mochte die Linke selbst darüber erschrecken, mit welchen lächerlichen Kleinigkeiten ihr Geschäftsordnungsreiter Schaffrath die köstlichen Tage der Blütezeit des Parlaments vergeudet hatte.

Die Erbitterung, welche auch diese Verhandlung unter den Parteien zurückließ, wurde auf wenige Tage vergessen, da am nämlichen 10. August die Einladung an alle Abgeordneten und ihre Damen zur Teilnahme am Kölner Dombauefest verlesen worden war. In Massen nahmen sie teil. An ihrer Spitze zog der Reichsverweser mit Gagern und einer zahlreichen amtlichen Abordnung des Parlaments nach Köln. Hier umarmte König Friedrich Wilhelm, dem die Feststadt einen großartigen Empfang bereitet hatte, den Erzherzog und ließ sich von Gagern die Abgeordneten vorstellen. Er richtete einige freundliche Worte an sie über die Wichtigkeit ihrer Verhandlungen, setzte dann aber gehobenen scharfen Tones hinzu: „Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich einer von ihnen bin“. Diese Worte wurden in den preußenfeindlichen radikalen Klubs und Blättern eifrig zu neuen Verhegungen benützt, und es half dem Könige nicht viel, daß er, ein Spielball seiner schwankenden Stimmungen, am folgenden Tage, beim Festmahl im Gürzenich, einen begeisterten Trinkspruch aus brachte auf die „Baumeister am Dome der deutschen Einheit“, die Nationalversammlung.

In Frankfurt brach nach diesen Festtagen die Verbitterung der Parteien von neuem aus. Auch der Karikaturenkampf, der anfangs ziemlich harmlos sich angelassen hatte, nahm an Schärfe zu. Selbst der Zeichenstift des ziemlich gutmütigen Abgeordneten v. Boddien aus Pless, dessen Karikaturen bisher nur der böshast-witzige, verkrüppelte Advokat Detmold aus Hannover durch seine Unterschriften Schärfe verliehen hatte, wurde nunmehr in Galie getaucht. Nur Gustav Schwetschke schrieb seine „*Novae epistolae obscurorum virorum*“, eine köstliche Satire gegen die Linke, nachher noch — zunächst nur für den engsten Freundeskreis — mit der ihm eigenen unerschütterlichen Heiterkeit. 1849 veröffentlicht, erlebten sie rasch 7 Auflagen.

Mit Mißbehagen und Unwillen sahen alle maßvollen Männer der Paulskirche die Verschärfung der Parteigegensätze wachsen, zugleich aber draußen eine gewissenlose Demagogie die Volksmassen gegen das Parlament verhezen. Auf der Linken waren namentlich Blum und Vogt von diesem Treiben schmerzlich betroffen. Denn nur durch seine Einheit konnte das Parlament Ansehen und Macht behaupten, und die Auslehnung der Massen gegen die Autorität der Nationalversammlung mußte nicht bloß diese erschüttern, sondern auch der lauernden Reaktion den willkommensten Vorwand zum „freiheitsmörderischen“ Ein-

schreiten geben. Ganz ungescheut aber wurde die Auflehnung gegen das Parlament von den Volksaufwieglern bei den Massen betrieben. Schon während im Juni die Mehrheit der Paulskirche den Reichsverweser schuf, hatte in Frankfurt ein großer Demokratenkongreß getagt, der auf Robespierres „Grundsätze“ schwur, sich zu einem starken Bund unter einheitlicher Oberleitung organisierte und einen großen Schlag vorbereitete.

Hart an der Schweizer Grenze rüstete Struve zu einem neuen Einbruch in Baden. In Württemberg fanden mehrere Soldatenmeutereien statt. Die nächsten Nachbarstädte Frankfurt, Hanau und Offenbach, Rheinhessen und die Rheinpfalz waren von revolutionärem Geiste erfüllt. Der Thüringer Demokratenbund faßte am 15. August den Beschluß: die verräterische Nationalversammlung sei aufzulösen, der Reichsverweser heimzuschicken, in ganz Thüringen die Republik auszurufen. In Sachsen meuterten die von Blum gegründeten „Vaterlandsvereine“ gegen die von dem Führer bisher mit Erfolg empfohlene Agitation auf dem Boden des Gesetzes

und des Parlamentes, und forderten offenen und gewaltamen Losbruch für die heilige Sache der Republik. Die argen preussischen Zustände werden wir später eingehender behandeln. Kurz, bedrohlich wachsende Gärung überall! Ein einziger Funke genügte, um die Minen zu entzünden — und dieser Funke flammte nun auf, noch in demselben Augustmonat, den das Kölner Dombaufest verschönt hatte.



Alexander von Soiron

Nach einer Lithographie von Schertle, 1848.